

DIE OSZE IN RÜCKLAGE

Die OSZE kämpft gegen den Bedeutungsverlust. Differenzen unter den Mitgliedstaaten, die Konkurrenz durch andere Sicherheitsorganisationen, die Konsensregel und eine geringe Visibilität schwächen die OSZE. Diese Schwierigkeiten sind die Kehrseite ihrer komparativen Vorteile: die breite Mitgliedschaft und das umfassende Sicherheitsverständnis. Eine Trendwende zeichnet sich derzeit nicht ab. Doch der Bedarf nach einer Organisation wie der OSZE besteht. Eine erneute Bedeutungssteigerung ist möglich.



Vorbereitung für den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014: Botschafter Thomas Greminger (links) leitet derzeit das Human Dimension Committee. Wien, 27. Mai 2011. Bild: OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sei wie seine bisherige Aufgabe, bilanzierte der abtretende OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut 2011: wichtig, unvollendet, ambitioniert, marginalisiert, im Krisenfall reaktionsfähig, ein Experiment und gleichzeitig hochinteressant und frustrierend. Die Frustration dürfte in der letzten Zeit dominiert haben. Seit gut zehn Jahren diagnostizieren Beobachter einen Bedeutungsverlust der OSZE. Die Erosion des normativen Konsenses, die Blockade entlang überwunden geglaubter Ost-West-Gegensätze sowie die Gefahr einer Aushöhlung durch die Europäische Union (EU), die NATO und den Europarat sind Gründe für diese Entwicklung. Die derzeitige Schwäche der OSZE zeigt sich auch konkret. Ein Tiefpunkt war der Krieg zwischen Russland und Georgien 2008. Die OSZE konnte den Konflikt zwischen zwei Mitgliedstaaten nicht verhindern. Ihre Feldmission in Georgien wurde nach der Auseinandersetzung eingestellt. Und

die zentrale Rolle bei der Vermittlung zwischen Moskau und Tbilisi spielte die EU. Bei der Gipfelkonferenz von Astana im Jahr 2010, dem ersten Treffen der Staats- und Regierungschefs nach über zehn Jahren, scheiterte die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsplans. Das OSZE-Budget schrumpfte von 209 Mio. € (2000) auf knapp 151 Mio. € (2011) und die Zahl der Feldmissionen und -aktivitäten ist rückläufig. Die Suspension des Vertrags über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) durch Russland im Jahr 2007 schwächte die Bedeutung der OSZE ebenfalls, obschon er nicht zum eigentlichen OSZE-Acquis gehört.

Ein Blick auf die Konflikte im OSZE-Raum zeigt, dass der Bedarf nach den Leistungen einer solchen Organisation weiterhin besteht. Mit einer präziseren Rollenklärung, einer klareren Abgrenzung gegenüber anderen Akteuren und einer Besinnung auf ihre Kernkompetenzen könnte die OSZE dazu beitragen, dass sie als Forum für Sicher-

heitsfragen für ihre Mitgliedstaaten wieder attraktiver wird. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Relevanz stark vom strategischen Umfeld und dem Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander abhängt.

Eine Organisation sui generis

Die OSZE ist die grösste regionale Sicherheitsorganisation. Ihr Ziel ist die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden. Der OSZE gehören 56 Staaten aus Europa, Nordamerika und Asien an. Dazu kommen zwölf Kooperationspartner aus Asien, Australien und dem Mittelmeerraum (vgl. Karte). Der Hauptsitz liegt in Wien. Mit einem Budget von 150,8 Mio. € (2011) beschäftigt die OSZE rund 2830 Mitarbeitende. Knapp 550 Personen arbeiten im OSZE-Sekretariat und in den spezialisierten Institutionen, die übrigen in einer der aktuell 16 Feldmissionen und -präsenzen.

Vorläufer der OSZE war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die KSZE band auf der Basis der Helsinki-Schlussakte von 1975 die Blöcke in Ost und West in einen dauerhaften Dialogprozess ein. Sie war das Resultat eines Kompromisses: Die Westmächte akzeptierten den Status quo in Europa (Unverletzlichkeit der Grenzen, Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten), im Austausch anerkannte der Ostblock, dass die menschliche Dimension (Menschenrechte, Grundfreiheiten) ein legitimes Verhandlungsthema wurde. Nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelte sich die KSZE von einem politischen Dialogforum zu einer Organisation mit permanenten Institutionen und operativen Kapazitäten. 1992 wurde die erste Feldmission in den Kosovo entsandt. Bis heute wurden über 30 Missionen abgewickelt. 1994 segneten



die Mitglieder am Gipfel in Budapest die neuen Strukturen ab und benannten die Organisation in OSZE um. Inhaltlich richtete sich die OSZE auf die neuen Sicherheitsherausforderungen aus. Frühwarnung, Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge entwickelten sich zu den zentralen Tätigkeitsfeldern.

Die OSZE ist eine Organisation sui generis. Sie beruht nicht auf einem völkerrechtlichen Gründungsvertrag und besitzt keine eigenständige Rechtspersönlichkeit. Dies erhöht die Flexibilität. Dafür sind die auf dem Konsensprinzip beruhenden Entscheide nur politisch und nicht rechtlich bindend. Charakteristisch für die OSZE ist ihr multidimensionales Sicherheitsverständnis. Sicherheit umfasst demnach drei interdependente Dimensionen: die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension. Die OSZE ist auf allen drei Ebenen aktiv, wobei die Wirtschafts- und Umweltdimension am schwächsten entwickelt ist. Das Spektrum der Aktivitäten ist breit. In der politisch-militärischen Dimension umfasst es u.a. die Rüstungskontrolle, die Abrüstung, das Grenzmanagement, die Terrorismusbekämpfung, Konfliktprävention und Mediation, die Polizeiausbildung und den Aufbau vertrauensbildender Massnahmen (z.B. Informationsaustausch, Inspektionen). Im Rahmen der Wirtschafts- und Umweltdimension werden institutionelle Kapazitäten in den Mitgliedstaaten gefördert, unternehmerische Initiativen unterstützt oder die Umweltfolgen von Konflikten untersucht. Die menschliche Dimension hat seit dem Ende des Kalten Krieges an Gewicht gewonnen. Hier zielen die Aktivitäten auf den Menschenrechtsschutz und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie umfassen Massnahmen wie Wahlbeobachtungen (z.B. bei den russischen Präsidentschaftswahlen 2012), die

Bekämpfung von Menschenhandel und Diskriminierung (z.B. Roma/Sinti) oder die Förderung der Medienfreiheit.

Die OSZE-Institutionen sind relativ schwach. Die Entscheidungskompetenzen liegen weitgehend bei den Mitgliedstaaten. Periodisch finden Gipfeltreffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Jährlich treten im Ministerrat die Aussenminister zusammen. Wöchentlich treffen sich in Wien die Botschafter der Mitgliedstaaten im Ständigen Rat und im Forum für Sicherheitskooperation. Eine einflussreiche Position nimmt der Vorsitzende ein, der Aussenminister des Landes, welches das OSZE-Präsidium innehat. Zusammen mit dem Vorgänger und dem designierten Nachfolger bildet er die «Troika», die für Kontinuität sorgen soll. Der Generalsekretär in Wien verfügt ebenso wie die Parlamentarische Versammlung in Kopenhagen nur über eingeschränkte Befugnisse. Wichtige Sonderinstitutionen sind das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR), der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HCNM) sowie die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit (RFM).

Die OSZE verbindet die euro-atlantische und die eurasische Region. Es ist die einzige europäische Sicherheitsorganisation, in der sowohl die USA als auch Russland vollwertige Mitglieder sind. Die breite Mitgliedschaft, die Konsensregel, das umfassende Sicherheitsverständnis und ihre Erfahrung als Plattform für Dialog und Aktion gleichermaßen verhelfen der OSZE zu einem potenziell gewichtigen Stellenwert im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur. Trotz zunächst ermutigender Anzeichen für eine verstärkte Konvergenz der Sicherheitsinteressen zwischen Ost und West hat sich die OSZE nach dem Kalten Krieg nicht zu einem Nukleus der pan-europäischen Sicherheit

entwickelt, wie Beobachter dies erwartet hatten und Moskau dies gehofft hatte. Zum einen verlor das Thema der konventionellen Abrüstungspolitik an Bedeutung. Zum anderen bevorzugten alte und neue Demokratien die Erweiterung von exklusiven, weniger heterogenen Organisationen wie der EU oder der NATO. Vor dem Hintergrund der enttäuschten russischen Erwartungen wurden auch im Osten neue, konkurrierende Organisationen wie die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) oder die *Collective Security Treaty Organisation* (CSTO) gegründet. So entstand im OSZE-Raum ein Patchwork zahlreicher Sicherheitsorganisationen. Die OSZE diente v.a. als «Trainingslager» für EU- und NATO-Beitrittskandidaten.

Bedeutungsverlust

Seit rund zehn Jahren kämpft die OSZE gegen einen Bedeutungsverlust. Für diesen gibt es verschiedene Gründe: erstens die Konkurrenz durch andere Akteure, zweitens die Lähmung der Organisation durch eine Ost-West-Spaltung und drittens das unscharfe Profil und die geringe Visibilität. Die europäische Sicherheitsarchitektur hat sich verändert. Dadurch hat die OSZE an Attraktivität eingebüsst. Entscheidend waren die Erweiterungsprozesse der NATO und der EU. Zahlreiche Staaten traten diesen Organisationen bei. Sie konnten ihren Mitgliedern mehr bieten als die OSZE, nämlich harte Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche und finanzielle Potenz. Zudem schufen die EU und die NATO erweiterte Assoziationsmöglichkeiten, wodurch der umfassende Charakter der OSZE an Bedeutung verlor.

Die wachsende Konkurrenz für die OSZE betraf auch ihre Tätigkeitsfelder. Die EU wurde mit dem Aufbau einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Bereichen aktiv, die zuvor als Kernkompetenzen der OSZE gegolten hatten, z.B. in der Wahlbeobachtung, der Vermittlung oder den Feldmissionen (z.B. EUPM in Bosnien-Herzegowina, Mission in Georgien nach dem Krieg 2008). Dies führte zu Doppelspurigkeiten, wobei die Spiesse ungleich lang sind, da Brüssel über weitaus grössere Ressourcen verfügt. Überschneidungen gibt es auch mit dem Europarat, vor allem im Bereich der menschlichen Dimension (z.B. Förderung von Menschenrechten und Demokratie). Wien und Strassburg haben Koordinationsmechanismen etabliert. Klarer ist die Abgrenzung zur NATO, welche als Verteidigungsbündnis

die militärische Sicherheit seiner Mitglieder gewährleistet. Die UNO wiederum hat die OSZE als Regionalorganisation anerkannt. Die OSZE sieht ihre Aufgabe u.a. darin, die UNO zu entlasten, z.B. im Präventionsbereich. Auch hier sind Kooperation und Arbeitsteilung zentral. Klar ist die Zuständigkeit bei der Autorisierung von Zwangsmassnahmen, wo die Federführung beim UNO-Sicherheitsrat liegt.

Problematisch ist auch die erneute Ost-West-Spaltung der OSZE, die ihre Handlungsfähigkeit schwächt. Den NATO/EU-Staaten auf der einen stehen dabei Russland sowie gleichgesinnte Staaten auf der anderen Seite gegenüber. Den Kontext bilden die gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Washington, z.B. bei der NATO-Osterweiterung oder beim Aufbau eines Raketenschutzschildes. Wichtig sind auch OSZE-spezifische Faktoren, namentlich die Erosion des normativen Konsenses unter Mitgliedstaaten und die damit verbundene Vertrauenskrise. Nach dem Ende des Kalten Krieges nahm das Gewicht der menschlichen Dimension in der OSZE zu. In Kopenhagen (1990) und Moskau (1991) einigte man sich darauf, dass Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension (Menschenrechte, Demokratisierung, Gute Regierungsführung) nicht als exklusiv interne Angelegenheiten betrachtet werden können. Die Einführung entsprechender Instrumente («Moskauer Mechanismus») bedeutete eine Einschränkung des Souveränitätsprinzips.

Zunehmender Widerstand dagegen kommt aus Moskau. In Russland dominiert die Ansicht, dass die kooperative Strategie der 1990er Jahre versagt hat. Die russischen Sicherheitsinteressen seien z.B. in der Frage der *Missile Defence* und des KSE-Vertrags übergangen und Moskaus Interessensphäre z.B. durch die westliche Unterstützung für die «Farbrevolutionen» nicht respektiert worden. Konkret erhebt Russland drei Vorwürfe: Erstens werde in der OSZE die menschliche Dimension auf Kosten der politisch-militärischen Dimension überbetont. Zweitens lege die OSZE das Spannungsfeld zwischen staatlicher Souveränität (territoriale Integrität, Nicht-Intervention, unverletzliche Grenzen) und fundamentalen Rechten von Menschen (Menschenrechte, Selbstbestimmung) einseitig zugunsten Letzterer aus (z.B. bei der Anerkennung Kosovos). Und drittens sei die geografische Ausgeglichenheit des OSZE-Engagements verloren gegangen. Die OSZE interveniere quasi nur «östlich von Wien»,

obwohl es westlich davon auch relevante Themen gebe (z.B. Baskenland, Nordirland). Die Kritik kulminierte 2007 im Vorwurf des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die OSZE sei zu einem vulgären Instrument der Interessendurchsetzung gewisser westlicher Staaten(-gruppen) degeneriert.

Wegen der Konsensregel lähmt diese Spaltung die Organisation. Am Gipfel von Astana scheiterte die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsplans. An mehreren Ministertreffen konnte man sich nicht auf gemeinsame Schlussfolgerungen einigen. Auch das Budget war häufig Gegenstand von Streitereien. Das Zerwürfnis führte auch dazu, dass Schlüsselmissionen der OSZE nicht verlängert oder deren Mandate verwässert wurden (z.B. Georgien, Weissrussland, Usbekistan). Zudem versuchte Moskau, die politische Kontrolle über die relativ unabhängigen OSZE-Sonderinstitutionen (ODHIR, HCNM, RFM) zu verstärken. Die Spaltung blockiert auch die Klärung des rechtlichen Status und die Verabschiedung einer OSZE-Konvention. Die westlichen Staaten argwöhnen, Russland wolle bei dieser Gelegenheit die Kompetenzen der OSZE schwächen und die Autonomie ihrer Institutionen einschränken.

Der Ruf der OSZE leidet auch unter ihrer geringen Visibilität. Medienpräsenz erreicht die OSZE meist nur bei Wahlbeobachtungen und Gipfeltreffen. Daneben sorgt sie selten für positive Schlagzeilen. Die wichtigsten Erfolge (u.a. die Missionen in Kosovo, Kroatien und Bosnien) liegen länger zurück. In den «eingefrorenen Konflikten» z.B. in Transnistrien oder Nagorni Karabach, wo die OSZE seit Langem aktiv ist, sind keine Erfolge absehbar. Und die kompetente und erfolgreiche Knochenarbeit, die die OSZE vielerorts leistet (z.B. Kirgisistan-Mission, Aktivitäten des ODHIR und des HCNM) findet wenig öffentliche Aufmerksamkeit. Gerade in der Konfliktprävention lassen sich Erfolge schlecht belegen. Die Folge ist, dass häufig nur wenig Bewusstsein für die Relevanz der OSZE vorhanden ist.

Verstärkt wird dieser Effekt durch das diffuse Profil der OSZE. Ihre Aktivitäten wuchsen nach 1989/91 eher organisch als strategisch gesteuert. Dies resultierte im derzeit beinahe übergrossen Tätigkeitspektrum: von Konfliktprävention über Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel bis Förderung von Medienfreiheit und Handel engagiert sich die OSZE in unterschiedlichsten Feldern. Auch

Dokumente und Informationen

Schlussakte von Helsinki 1975 [↗](#)
 Budapester Dokument 1994 [↗](#)
 Erklärung von Astana 2010 [↗](#)
 Wiener Dokument 2011 [↗](#)
 Irischer OSZE-Vorsitz 2012 [↗](#)
 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) [↗](#)

der Einbezug der Themen Energiesicherheit und Cyber-Security wird diskutiert. Dazu kommt die fehlende Kontinuität wegen des rotierenden Vorsitzes und der eingeschränkten strategischen Planungskompetenzen des OSZE-Sekretariats. Die dimensionsübergreifenden Aktivitäten gehören zur OSZE, sie bergen jedoch die Gefahr einer inhaltlichen Verzettelung.

Aussicht und Potenzial

Die Relevanz der OSZE hängt stark von den politischen Rahmenbedingungen und den Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander ab. Voraussetzung für eine substantielle Bedeutungssteigerung wäre eine grössere Einigkeit unter den Ländern und Ländergruppen über die Ausgestaltung der internationalen Sicherheitsstruktur und speziell der OSZE. Eine solche Entwicklung ist derzeit nicht absehbar. Gleichzeitig ist klar, dass es die OSZE weiterhin braucht. Der Georgienkrieg hat gezeigt, dass im OSZE-Raum kein dauerhafter demokratischer Frieden herrscht. Auch hier existieren Minderheitenprobleme, Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite. Gerade in ihren Kernbereichen kann die OSZE deshalb wichtige Funktionen übernehmen. Möglich ist auch, dass die OSZE aufgrund der Absorption der EU durch die Finanz- und Währungskrise gerade operativ wieder an Bedeutung gewinnt.

Nach dem Tiefpunkt des Georgienkonflikts sind hinsichtlich der Bedeutung der OSZE einige Lichtblicke erkennbar. Der Dialog unter den OSZE-Staaten im Rahmen des Korfu-Prozesses half mit, wieder ein Minimum an gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Optimisten deuten auch den Gipfel von Astana nicht als Scheitern, sondern erinnern daran, dass im Rahmen der Gipfelerklärung der OSZE-Acquis auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs bestätigt worden sei. Auch unterstreichen sie, dass die OSZE für ihre Mitglieder nach der faktischen Sistierung des KSE-Vertrags mit dem Wiener Dokument die einzige Plattform für vertrauensbildende Massnahmen darstelle. Es ist noch zu früh, von einer Trendwende zu sprechen. Ein erneuter Bedeutungszuwachs der OSZE ist aber nicht

ausgeschlossen. Die OSZE selbst könnte mit einer klareren Arbeitsteilung mit anderen Sicherheitsorganisationen und der Vermeidung einer inhaltlichen Verzettelung dazu beitragen.

Schweizer Vorsitz 2014

Für die Schweiz ist die OSZE eine wichtige aussenpolitische Plattform. Es ist die einzige europäische Sicherheitsorganisation, der sie als vollberechtigtes Mitglied angehört. Auch historisch ist die Schweiz der OSZE verbunden. Im KSZE-Prozess spielte sie als Mitglied der neutralen und blockfreien Staaten eine wichtige Rolle. 1993 wurde die ständige Delegation in Wien eingerichtet. Auf operativer Ebene beteiligte sich die Schweiz mit namhaften Kontingenten an der Mission in Bosnien-Herzegowina (1996–2000) und an der *Kosovo Verification Mission* (1998/99). Die Schweiz ist wegen der grossen Bedeutung der OSZE für ihre Aussenpolitik mehr als andere Staaten an einer Stärkung der Organisation interessiert.

In der OSZE wirkt die Schweiz – wie auch in der UNO – als Brückenbauer. Sie versucht, zwischen den Ländergruppen zu vermitteln und allseits akzeptable Vorschläge zu erarbeiten. Dies tut sie beispielsweise im Rahmen des *Human Dimension Committee*, das 2011/12 unter Schweizer Vorsitz steht und einen Schwerpunkt ihres Engagements bildet. Hier hat sie z.B. ein freiwilliges Peer-Review-Verfahren initiiert, in welchem die Mitglieder Auskunft über ihre Fortschritte im Bereich der menschlichen Dimension geben. Weitere Schwerpunkte bilden die Förderung der Konsultationen über das Wiener Dokument von 1999, wo 2011 zumindest eine technische Revision erreicht werden konnte, und die Stärkung der OSZE-Mediationskapazitäten. Der auf einem Verteilschlüssel basierende jährliche Beitrag an das ordentliche Budget beläuft sich auf rund 6 Mio. CHF (2011), dazu kommen rund 0,6 Mio. CHF ausserbudgetäre Beiträge.

Ihre Rolle als Brückenbauer kommt der Schweiz gelegen. 2014 wird sie – zum zweiten Mal nach 1996 – den OSZE-Vorsitz übernehmen. Zusammen mit Serbien hatte sie sich um die Präsidentschaften 2014 bzw. 2015 beworben. Die OSZE-Mitglieder stimmten dem Doppelantrag im Februar 2012 in einer stillen Wahl oppositionslos zu. Bern und Belgrad verabschiedeten im Vorfeld der Wahl *Principles of Cooperation*, worin sie vereinbarten, ihre Prioritäten und Aktivitäten zu koordinieren. Dazu gehört

die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans. Das serbisch-schweizerische Vorgehen ist innovativ und hilft, mehr Kontinuität in die Arbeit des OSZE-Vorsitzes zu bringen. Ein positiver Nebeneffekt der engen Kooperation besteht darin, dass dadurch gewisse Vorbehalte verschiedener Staaten gegenüber einem serbischen Vorsitz entschärft werden konnten.

Aktuell werden die inhaltlichen Prioritäten diskutiert. Die Schweiz muss sich dazu mit Serbien und der Ukraine, dem dritten Troika-Mitglied, abstimmen. Ausschlaggebend sind sowohl die Bedürfnisse der OSZE als auch die Präferenzen der Schweiz. Auf institutioneller Ebene könnten die Fragen nach dem rechtlichen Status der OSZE und nach der Rolle des OSZE-Sekretariats eine wichtige Rolle spielen. Thematisch liegen mögliche Akzente auf der Stärkung der Konfliktbewältigungsmechanismen, v.a. im Bereich der Mediation, sowie auf der inhaltlichen Überarbeitung des Wiener Dokuments. Die geografischen Prioritäten hängen stark von den dannzumal aktuellen Entwicklungen ab. Zusätzlich rücken

wegen der Zusammenarbeit mit Serbien Südosteuropa und wegen der etablierten Schweizer Präsenz Zentralasien in den Vordergrund. Die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotchi dürften die öffentliche Aufmerksamkeit zudem auf die Kaukasusregion lenken.

Die Traktandenliste für 2014 ist damit bereits reich befrachtet. Zur definitiven Festsetzung der Prioritäten hat der Bundesrat eine Task-Force eingesetzt. Ziel der Schweiz muss es sein, mit einer initiativen und umsichtigen Präsidentschaft das Bestmögliche aus dem Vorsitz in einer derzeit geschwächten Organisation zu machen. So kann sie – auch im eigenen Interesse – einen Beitrag zu deren Bedeutungssteigerung leisten.

Verantwortlicher Editor/Fachexperte:
Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen

- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement